



Jasmin Ramadan
Einfach gesagt

Herrengedeck

Warum ist Korn eigentlich nicht so populär wie andere Schnäpse weltweit? Fragt ein gelackter Typ den anderen vor der Bar beim Gin-Tasting.

„Weltweit? Korn mögen doch nicht mal wir Germans, voll der Asi-Fusell!“

„Ja, Alex, aber why? Rum, Whiskey, Wodka, Tequila etc. pp., andere Länder haben magische Gesöffte, mit Tradition, geilen Klischees, nur wir Allmanns mit Korn losen ab!“

„Liegt am deutschen Selbsthass, Leo!“

„Du meinst, den kann man am Korn festmachen?“

„Klar Alter, im Grunde ist Korn 'ne Art Wodka, gibts von Fusel bis Königsklasse, aber das Zeug saufen nur die ganz Fertigen in den letzten Spelunken aus der Nachkriegsära!“

„Aber wir rüsten auf, Kollege, würd' sagen, die Nachkriegszeit ist passé! Und auch wenn ich weit ab davon bin, ein Rechter zu sein, das ist schon schön, sich da mal loszulösen ohne als nationalhohler Dummbatz zu gelten, wenn man die eigene Fahne nicht abgrundtief hasst. Lass drauf anstoßen!“

„Yeah! Aber Trinken hat hier echt 'ne andere Tradition, ging immer mehr um Rausch als Genuss. Bei Familienfeiern meiner Großeltern war der Heringssalat nix als Grundlage für reichlich Klären, da ging es bloß drum sich abzuschießen!“

„Aber in Russland wird auch unverhohlen gesoffen, sogar Politiker machen das, denk an Jelzin in seiner Unterhose vorm Weißen Haus, wie er sich hackendicht 'ne Pizza organisieren wollte!“

„Da war noch Frieden im Karton!“

„Alkohol ist die Friedensdroge schlechthin und deshalb ist Gerhard Schröder auch der Top-Friedensbotschafter vor dem Herrn!“

„Trinkt der viel?“

„Na, verbrieft, check mal bei Instagram das Profil seiner Trulla, der ist dauerbesoffen, sonst würd' der den Quatsch gar nicht mitmachen.“

„Hab' kein Instagram mehr, danach fühlte ich mich immer alt und fett!“

„Schröder hat schon im Wahlkampf immer gesoffen, der Bürgernähe wegen war das nicht!“

„Nee, da kann man auch einfach 'ne Wurst mit den Leuten essen!“

„Schröder kippt den ganzen Tag Rotwein, und dann rettet er deutschmäsig die Welt auf drei Flaschen Spätburgunder!“

„Der trinkt garantiert noch'n paar Schnäpschen dazu!“

„Aber die dürfen nicht aufs Foto.“

„Vielleicht trinkt der sogar Korn, ich würd' sie ihm zutrauen.“

„Ey, Leo, das ist die Idee, wir gründen 'ne Korn-Manufaktur und schreiben ‚Schröders Klarheit‘ aufs Etikett oder so!“

„Hahahahaha, geile Idee, wir machen Korn sexy, und verdienen uns damit 'ne Stange Geld!“

„Ist genau der richtige Zeitpunkt gerade, es sind Zeiten, in denen alles möglich is‘, weil so krasse Sachen passieren, überall ist Paradigmenwechsel, rechts, links, liberal, konservativ, nichts steht mehr im richtigen Regal, und alles nur, weil Wodka-Vlad es auf die Spitze treibt.“

„Wir machen aus Scheiße Gold, äh Korn, geil, geil!“

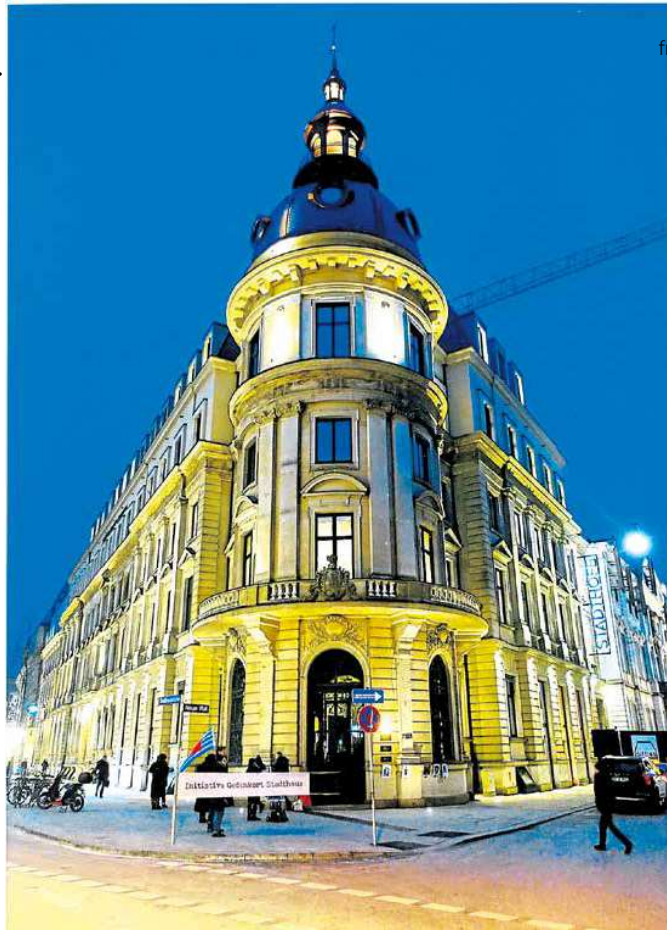
„Entschuldigung, die Herren, es ist Krieg, und ihr feiert das kapitalistisch aufgegeilt ab?“

„Ey, die Dame, ist doch immer irgendwo Krieg, ist doch verlogen wegen dem jetzt besonders schockiert zu sein, und warum nicht das Positive sehen?“

„Und was genau soll das sein?“

Jasmin Ramadan ist Schriftstellerin in Hamburg. Ihr letzter Roman „Hotel Jasmin“ ist im Tropen/Klett-Cotta-Verlag erschienen. 2020 war sie für den Bachmann-Preis nominiert. In der taz verdidicht sie im Zwei-Wochen-Takt tatsächlich Erlebtes literarisch.

Zentraler Ort des NS-Terrors: Rotunde des Hamburger Stadthauses. Foto: VVN-BDA Hamburg



Gedenkort wird neu verhandelt

Nach dem gescheiterten kommerziellen Gedenkort im Hamburger Stadthaus, der Ex-Gestapo-Zentrale, laufen Gespräche mit dem Eigentümer. Verfolgtenverbände fürchten, dass der Widerstand marginalisiert wird, und laden zu einer Protestkundgebung ein

Von **Petra Schellen**

Was Einsicht nicht bewirken kann, schafft die Insolvenz: Ganz gemäß den Gesetzen der Marktwirtschaft, denen Hamburgs Senat 2009 beim Verkauf des Stadthauses frönte, endet jetzt das Gedenk-Experiment in der Ex-Gestapo- und Polizeizentrale. Mit der kürzlich angemeldeten Insolvenz der Buchhandlung – Teil eines „Dreiecks“ aus Café, Laden und Gedenkort – flammt die Debatte um ein würdiges Erinnern an diesem Ort des NS-Terrors neu auf.

Denn da die Kulturbehörde den Betrieb des Gedenkortes damals, beim Verkauf der zentralen, attraktiven Immobilie zu teuer fand, beauftragte sie den Investor Quantum mit Konzeption und Betrieb eines 750 Quadratmeter großen Gedenk- und Lernorts. Quantum rechnete die Fläche, vom Senat unwidersprochen, auf 70 Quadratmeter in der Ecke eines Buchlandes klein, deren Betreiberin kaum

Miete zahlte und im Gegenzug Aufsicht und fachliche Betreuung des Gedenkortes versprach. Die Mini-Ausstellung über die Rolle der Polizei in der NS-Zeit hatte die Hamburger Stiftung Gedenkstätten und Lernorte konzipiert.

Die Verbände monieren, dass im Stadthaus nur an die Täter erinnert werden soll

Die Buchhändlerin scheiterte, nun laufen jene Gespräche, die die Verfolgtenverbände seit Jahren fordern. Eigentümerin der mit Luxushotel und -läden bestückten Immobilie ist inzwischen die Ärzteversorgung Niedersachsen. Sie will die gesamten, jetzt frei werdenden 250 Quadratmeter wohl mietfrei hergeben. Trägerschaft und

Konzeption soll die Hamburger Stiftung Gedenkstätten leisten. Deren Chef Detlef Garbe sagt, man könne Verwaltung, Leitung und Veranstaltungsorganisation stemmen. Nicht aber Betriebskosten und Personal für die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten.

Das wäre vertragsgemäß Aufgabe der Eigentümerin, und darüber verhandeln derzeit Kulturbehörde und Ärzteversorgung. Man sei im „intensiven und konstruktiven Austausch“ und „optimistisch, noch im Frühjahr eine Einigung zu erzielen“, sagt Behördensprecher Enno Isermann.

Doch die Verfolgtenverbände bleiben skeptisch und haben für den heutigen Freitag zu einer Kundgebung vor dem Stadthaus aufgerufen, der bis heute ein traumabehafteter Ort für WiderstandskämpferInnen und deren Angehörige ist. Seit drei Jahren halten sie dort Mahnwachen ab und wollen nun, in der „heißen Phase“ der Gespräche,

nochmals ihren Unmut über den Umgang mit dem Gedenkort formulieren. Denn der sei unwürdig klein, und einen Lernort etwa für Schulklassen werde man auch auf 250 Quadratmetern nicht daraus machen können. Auch die Gedenkstätten-Stiftung teilt mit, man werde den Ort im Dialog mit den Verfolgtenverbänden, „soweit möglich, zu einem Lernort ausgestalten“.

Wie stark die Ausstellung erweitert wird, ist noch nicht klar. Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), moniert, dass Hamburgs Kultursenator Carsten Brosda (SPD) sagt, hier solle an die Täter erinnert werden, während der Widerstand in der dezentralen, noch zu erweiternden Gedenkstätte im einstigen KZ Fuhsbüttel Platz finden werde.

Platz gäbe es im Stadthaus auch – etwa in der einstigen Meldehalle, die der Investor nach mehreren Versuchen jetzt lukrativ vermietete und auf die die Stadt keinen Zugriff mehr hat. Auch die einstigen Verhör- und Folterzellen existieren nicht mehr. Wohl aber der „Seufftzgang“, durch den die Häftlinge dorthin geführt wurden. An Hörstationen haben Schauspieler dort deren Erinnerungen eingesprochen.

Angesichts all dessen sei es unangemessen, von einer Trennung in Täter- und Opferorte zu sprechen, sagt auch Wolfgang Kopitzsch vom Arbeitskreis ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AVS). „Das Gedenken an den Widerstand gehört ins Stadthaus, denn dort ist er bekämpft worden, das war der erste Anlaufpunkt. Da kann man nicht einfach sagen, den legen wir nach Fuhsbüttel, weil wir da gerade Platz haben.“

Überhaupt, findet Kopitzsch, brauche Hamburg einen zentralen NS-Dokumentationsort wie München ihn schon habe: einen Ort, der die Dimension des durch die gesamte Verwaltung und alle Berufsgruppen laufenden NS-Mitläufertums zeige. Ein solches Zentrum könne gleich um die Ecke entstehen, vor dem „Görtz-Palais“. Dort war die Zufahrt zu den Räumen von Staatspolizei, Gestapo und Kriminalpolizei. Doch dieser Platz liegt heute in einer hübschen Einkaufsmeile, und man möchte lieber keine Touristen vergraulen.

Dabei ist das Stadthaus auch international bedeutsam: Vom Stadthaus aus wurden auch die ZwangsarbeiterInnen aus allen besetzten Ländern überwacht, verfolgt, gefoltert und ermordet“, sagt Kopitzsch. „Auch die Polizeibataillone des Wehrkreises X, der große Teile Norddeutschlands umfasste, wurden von dort aus gelenkt und organisiert, etwa das Polizeibataillon 303 (Bremen), das im September 1941 an der Ermordung von mehr als 33.000 jüdischen Menschen in der Schlucht von Babyn Jar in der Nähe von Kiew beteiligt war.“

nachrichten

Dänemark offen für Ukraine-Geächtete

Mit einem neuen Sondergesetz für Geflüchtete aus der Ukraine stehen nach Angaben der Botschafterin Dänemarks in Deutschland die Türen für alle Ukrainer offen, die nach Dänemark kommen wollen. Das dänische Parlament hatte dem Gesetz am Mittwochabend mit breiter Mehrheit zugestimmt. Es soll Geflüchteten aus der Ukraine praktisch die gleichen Rechte

wie EU-Bürgern geben. Damit werden die normalen Asylregeln in diesen Fällen außer Kraft gesetzt. Das Gesetz soll zunächst für zwei Jahre gelten. An der deutsch-dänischen Grenze wurden zuletzt immer wieder ukrainische Flüchtlinge zurückgewiesen. (dpa)

Bremen verbietet Hisbollah-nahen Verein

Das Bremer Innenressort hat den islamistischen Verein „Al-Mustafa-Gemeinschaft“ verboten. Wie eine Sprecherin des Innenressorts am Donnerstag mitteilte, stand der Verein der libanesischen Terrororganisation „Hisbollah“ nahe. Die Al-Mustafa-Gemeinschaft wurde demnach jahrelang vom Verfassungsschutz beobachtet. Durch das Verbot muss sie ihre Vereinsräume schließen. Außerdem dürfen Symbole des Vereins nicht mehr gezeigt werden. Auch die Jugendgruppe des Vereins, die sogenannte Pfadfindergruppe, sei ver-

boten und das Vermögen des Vereins beschlagnahmt worden. (dpa)

Vorerst kein Hamburger Hafenschlick nach Scharhorn

Die Verklappung von Hafenschlick vor Scharhorn ist vorerst gestoppt. Stattdessen würden 350.000 Tonnen Trockensubstanz im Rahmen der Frühjahrskampagne im sechs Kilometer entfernten Neuen Luechtergrund entsorgt, teilte die Hafenbehörde HPA mit. Das gebe

Zeit, um die Einwände gegen das Abladen bei Scharhorn zu bewerten. Das Aktionsbündnis „Lebendige Tideelbe“ aus BUND, WWF und Nabu hatte vor den negativen Folgen einer Verklappung unmittelbar vor dem Nationalpark Wattenmeer gewarnt. Der Aufschub sei „ein großer Erfolg für den Schutz der Umwelt“, teilte das Bündnis mit. Es hofft, „dass die Entscheidung eine Kehrtwende in der Beachtung des Umweltschutzes vonseiten der HPA markiert“. (taz)